

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr., jede einzelne Nummer 2 Nat.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

In beglaubigen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.

Infektionsgefahr für den Raum einer Pflanzung.

Wandlungen.

Leipzig, 1. Dec. Die gegenwärtige orientalische Krisis zeigt ihre außerordentliche Wichtigkeit und ihre überallhin reichenden Konsequenzen unter Andern auch darin, daß sie nicht bloß in den Stellungen der Großmächte untereinander, sondern auch in den Stimmungen, den politischen Anschauungen, den Sympathien und Antipathien der Völker die merkwürdigsten Veränderungen hervorgebracht hat. Wir wollen auf einige solcher Wandlungen aufmerksam machen und glauben damit nicht ein bloßes Spiel des Witzes oder eine Beschäftigung der Einbildungskraft durch frappante Contrasten, sondern Betrachtungen von tiefer, praktischer Bedeutung anzugehen. Viele werden sich noch der Zeit erinnern, wo die philhellenische Begeisterung durch Europa hinzierte, wo alle Freunde der Freiheit, des Rechts, der Humanität ihre Sympathien dem unterjochten Griechenvolke zuwendeten. Damals erschien der Türke als der furchtbarste, grimmigste Feind europäischer Civilisation, den man mit vereinter Gewalt bekämpfen, niederhalten, noch besser, aus Europa hinauswerfen oder vertilgen mußte. Im Hinblick eines Erretters der Civilisation aber, eines Befreiers der Unterdrückten, eines Vertreters der edelsten Sympathien Europas erglänzte Kaiser Alexander von Rußland. Und jetzt? Kann man sich darüber täuschen, daß heutzutage ebenso Viele in einem entscheidenden Siege Rußlands über die Türkei große Gefahren für die Sache der Civilisation, der Freiheit, der Humanität erblicken? daß sie darum jeden Fortschritt der türkischen Waffen gegen Rußland mit ihren Sympathien begleiten? Wir untersuchen nicht, inwiefern damals unter die berechtigten Sympathien für ein unterdrücktes Volk sich vielleicht mancherlei Täuschungen in Bezug auf die Zwecke und Motive seiner Befreier gemischt haben mögen, noch inwiefern die heutige Ansicht begründet sei und worauf sie sich gründe; wir begnügen uns die Thatsache zu signalisiren, welche jedenfalls höchst merkwürdig und bedeutungsvoll ist. Eine andere nicht minder frappante Thatsache bezeichnet ebenfalls eine wichtige Veränderung in der Stellung der Mächte zu dieser orientalischen Frage, wie jene erstere eine Wandlung in der öffentlichen Meinung. Man erinnert sich der Seeschlacht von Navarin, wo das vereinigte englisch-französisch-russische Geschwader die Seemacht der Türkei vernichtete. Und jetzt? In diesem Augenblicke ist vielleicht schon ein vereinigt englisch-französisch-türkisches Geschwader im Begriffe, ins Schwarze Meer einzulaufen, um die russische Flotte aufzusuchen und möglicherweise zu vernichten. Und wer weiß ob, wenn dies geschähe, nicht das gegenwärtige sogenannte liberale Ministerium Englands den Vorfall ebenso als einen untoward event bezeichnen würde, wie es damals in Bezug auf die Schlacht von Navarin das torjistische Ministerium that! Damals war Oesterreich der einzige Freund und geheime Bundesgenosse der Türkei, konnte aber freilich durch sein bloß stillschweigendes Zusehen und diplomatisches Vermitteln deren Sache nicht retten. Heute nimmt es dieselbe Stellung auf der entgegengesetzten Seite ein, wird aber wahrscheinlich ebenso wenig durch seine unentschiedene Haltung etwas Wesentliches zur Entscheidung des Kampfes beitragen können.

Jetzt zu einer andern Seite der Sache! Bis vor kurzem feierten die sogenannten „Conservativen“ aller Länder, d. h. die Männer der Ruhe und der hohen Börscourse um jeden Preis, in Ludwig Napoleon den Vertreter dieses ihres sogenannten Conservatismus, den Vornichter der Revolution. Und gegenwärtig herrschen dieselben Leute mit Erbitterung von demselben Ludwig Napoleon, als einem unruhigen Kopfe, als einem „Revolutionär“, weil dieser Ludwig Napoleon es wagt, gegen die Absichten des russischen Zar, der ihnen als der Suprematist des Conservatismus gilt, einen Widerstand zu erheben, ja sogar Miene macht, außerdemfalls mit den Waffen diesen Widerstand zu unterstützen. Andererseits scheinen manche liberale Gegner Napoleons, Manche, die bis jetzt lediglich den Bestörer der Freiheiten Frankreichs und des Parlamentarismus in ihm sahen und haßten, sich mit ihm auszuföhnen, weil sie von ihm, und von ihm beinahe allein, bei der schwankenden Haltung des englischen Cabinets ein entschiedenes und wirksames Aufstehen gegen die russischen Pläne erwarten, deren Durchsetzung ihnen freilich wol mit Recht als eine noch viel größere Gefährdung der Sache des Fortschritts und der Freiheit, nicht in einem einzelnen Lande bloß, sondern in ganz Europa, in der ganzen civilisirten Welt, erscheint. Selbst die Republikaner Frankreichs nähern sich theilweise, wie noch neuerlichst eine Correspondenz aus Paris in diesem Blatte berichtete, der bestehenden Regierung und wollen sie unterstützen, sobald sie nur in ihrer russenfeindlichen Politik beharrt und energisch vorangeht. Noch vor nicht zu langer Zeit wäre die Fusion der beiden monarchischen Parteien, der Bourbonnisten und der Orleansisten, eine bedeutame und gewiß von vielen Liberalen in- und außerhalb Frankreichs mit Freuden begrüßte Thatsache gewesen; denn die Herstellung eines parlamentarischen Königthums in Frankreich konnte wol als der beste, sicherste Weg zur Herbeiführung befriedigenderer Zustände in jenem Lande gelten. In diesem Augenblicke sieht man in der nun ange-

lich zustande gebrachten Fusion nur eine russische Intrigue, einen Versuch, den russenfeindlichen Kaiser zu stürzen, um einen russenfreundlichen König an seine Stelle zu setzen; und schwerlich dürfte daher unter solchen Umständen die Fusion auf andere Sympathien zu rechnen haben als auf die jener Börsenmänner und jener Angstmenschen, die nur immerfort Ruhe! Ruhe! und Frieden! Frieden! rufen, möge auch darüber Freiheit, Recht und höhere Civilisation zugrunde gehen: derselben, welche vor zwei Jahren sich blindlings der neuen Regierung an den Hals warfen und ihre legitimistischen oder orleanistischen Ueberzeugungen rücksichtslos verleugneten.

Deutschland.

Preußen. 7 Berlin, 2. Dec. Im Justizministerium ist, wie man erfährt, ein Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen der Vorschriften über das Civilproceßverfahren und die Execution in Civilsachen, ausgearbeitet. Derselbe liegt gegenwärtig dem Staatsministerium vor und wird wahrscheinlich noch in dieser Session den Kammern zur Berathung zugehen. Der Gesetzentwurf hat den Zweck Uebelstände zu beseitigen, die in der Praxis des durch die allgemeine Gerichtsordnung und eine Reihe von neuem Gesetzen, namentlich die Verordnungen vom 4. Juni 1853, 14. Dec. 1855 und 21. Juli 1846, sowie die Declaration vom 6. April 1859 und die Instruction vom 7. April 1859 geregelten Civilproceßverfahrens hervorgetreten sind. Auch schien es im Interesse der Parteien erforderlich, Meinungsverschiedenheiten der Gerichte über praktisch wichtige Fragen durch gesetzliche Bestimmungen zu beseitigen. Der Gesetzentwurf hat die Abstellung solcher Mängel in dem Civilproceßverfahren und bezüglich der Execution in Civilsachen zum Gegenstande und verbreitet sich in seinen einzelnen Bestimmungen über das Verfahren 1) im ordentlichen Proceße, 2) in Bagatellsachen, 3) in der Recursinstanz, 4) bei Einwendung von Rechtsmitteln in Subhastationsproceßen, und 5) in der Executionsinstanz. — Einige Blätter haben es bedenklich gefunden, daß der Ministerpräsident in der zur Eröffnung der Kammern gehaltenen Rede bei Erwähnung des Staatshaushaltsetats keine weiteren beruhigenden Mittheilungen über die Lage der Finanzen gemacht hat. Man hat auf diesen Umstand die Vermuthung stützen wollen, als läge es in der Absicht der Regierung, die Zustimmung der Kammern zu einer Vermehrung oder Erhöhung der bestehenden Steuern einzuholen. Wir glauben, daß eine solche Befürchtung im jetzigen Augenblicke unbegründet ist und daß die Regierung keine andern Steuervorlagen vor die Kammern zu bringen beabsichtigt als die auf die Reichsteuer bezügliche. So viel uns bekannt, ist die Finanzlage des Staats eine so befriedigende, daß eine Belastung des Landes durch neue Steuern gegenwärtig nicht geboten erscheint. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß die Einnahmen des Staatshaushalts für das Jahr 1854 die des laufenden Jahres ansehnlich übersteigen und dadurch alle Mehrausgaben decken werden, welche durch die Theuerungsverhältnisse und durch die immer steigenden Anforderungen an alle Theile der Staatsverwaltung veranlaßt werden könnten.

V Berlin, 1. Dec. Die I. Kammer wird Mühe haben, zur Beschlußfähigkeit zu gelangen. Nach der heutigen Mittheilung des Alterspräsidenten (s. unten) besteht die Kammer aus 94 Mitgliedern, von denen jedoch erst 64 anwesend sind. Die bereits „unterm 28. Nov. erlassenen Excitatorien“ scheinen ohne Erfolg geblieben zu sein, ja, wenn man die Zahl, welche in der ersten Sitzung angegeben wurde (70) mit der heutigen (64) vergleicht, so sollte man sogar auf neue Mandatsniederlegungen schließen. Die Sorge um die Fortdauer des fragmentarischen Zustandes prägte sich heut in der Discussion lebendig aus, welche sich an die Frage des Vorsitzenden knüpfte: ob man trotz der nicht beschlußfähigen Zahl zur Wahl des provisorischen Präsidiums schreiten solle. Gegen die auffallende Geltendmachung der Möglichkeit rückwärts von Seiten der Abg. v. Zander und v. Ikenplig traten Brüggemann und v. Wincke (Dlhendorf) mit dem schlagenden Einwande auf, daß die Kammer eben nicht im Stande sei, Majoritätsbeschlüsse zu fassen, solange die verfassungsmäßige Majorität nicht anwesend sei. Noch auffälliger erschien das Motiv der Erklärer für die Wahl eines Vorsitzenden, daß diese gleich statthaft sei wie die Abstimmung solcher Abgeordneten, deren Wahl noch nicht geprüft worden. Mit Recht wies der Abg. Brüggemann nach, daß eine Forderung, wie die letztangeführte, jede rechtsgültige Thätigkeit der Kammer unmöglich mache. Die Mehrheit der Anwesenden erklärte sich schließlich gegen die Vornahme der Wahl eines provisorischen Präsidanten, und die I. Kammer wird am 5. Dec. nochmals versuchen, ob nicht von den 30 abwesenden Mitgliedern noch neun eingetroffen sind. Wir können diese Thatsache nur beklagen. Wer in der gegenwärtigen Zeit ein Mandat übernommen oder behalten hat, ist moralisch verpflichtet am Plage zu sein, oder er möge auf das Mandat verzichten. Durch Saumlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Verhandlungen verzögern ist nicht zu entschuldigen und verdient die ernsteste Rüge von Seiten der Presse. Die Physiognomie der